

(Abgeordneter Lange [Leipzig].)

Die Zahl aller Ausständigen heute kämpft für keine unmöglichen Dinge, sondern ihr liegt an der Schaffung von Brot für ihre Familie, vollends wenn sie zu der Überzeugung kommen, daß mit dieser Arbeitsverweigerung das, was sie an und für sich für ein politisches Ideal betrachten, doch nicht erlangt werden kann, daß es ein verfehltes Mittel ist, und ich hoffe, daß wir aus dieser Überzeugung und um den Frieden und um die Gesamtheit nicht zu gefährden, doch wieder zu geordneten Zuständen kommen werden.

(Bravo!)

Vizepräsident Dr. Dietel: Ehe ich das Wort weitergebe, will ich erst die Tagesordnung für die morgige Sitzung, die ich auf 10 Uhr vormittags anberaume, verkünden:

Schlußberatung über den Bericht des Gesetzgebungsausschusses über die Vorlage Nr. 2, den Entwurf eines Gesetzes über Aufwandsentschädigung der Mitglieder der Volkskammer betreffend.

Ich bemerke dazu, daß die Vorlage noch nicht gedruckt werden konnte und deswegen erst morgen bei Beginn der Sitzung ausgegeben werden dürfte. — Die Kammer ist damit einverstanden.

Wir fahren in der Aussprache fort. Das Wort hat

Herr Abgeordneter Claus.

Abgeordneter Claus: Meine Damen und Herren! Ich würde aufs Wort verzichtet haben, wenn nicht die Leipziger Beamtenschaft in die Debatte hereingezogen und kritisiert worden wäre. Der Herr Abgeordnete Nyffel hat den Ausspruch getan, daß die Arbeiterschaft beansprucht, für sich durch Verweigerung ihrer Arbeit ihre wirtschaftlichen und politischen Ziele zu verfolgen. Das bestreite ich Herrn Nyffel auch nicht, aber ich möchte wissen, wie er bezüglich der Beamten denkt, ob er die Beamten als Staatsbürger zweiter Klasse ansieht. In bezug auf einen Teil der Arbeiterschaft sagte er: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will“. Ich möch'e das für die Beamtenschaft auch ausgesprochen haben mit dem Bemerkten, daß an den empfindlichsten Stellen unseres Wirtschaftslebens — das hat die Aussprache gelehrt — gerade die Beamtenschaft steht. Es wird der Beamtenschaft nicht einfallen, die politische Gewalt an sich reißen zu wollen, wie es in Leipzig von der Unabhängigen Partei durch das Räteystem geschehen ist, aber die Leipziger Beamtenschaft hat sich auch von Hause aus in der Frage unparteiisch verhalten, sie ist nicht in Generalsstreik eingetreten und hat sich auch nicht dem sogenannten Bürgerstreik angeschlossen. Die Bekanntmachung des Bürgerausschusses, die veröffentlicht worden ist, trifft nicht zu.

Die Beamtenschaft hat von dieser Veröffentlichung vorher keine Kenntnis gehabt. Ein Teil der Beamtenschaft ist von der Streikleitung in den Streik hineingezogen worden. Sie sind unter Androhung von Waffengewalt geheßen worden, die Arbeit zu verlassen, z. B. die Eisenbahnbeamten; anderen Beamtengruppen ist gesagt worden, daß sie die Arbeit aufrechterhalten müßten.

Sollen wir denn ein Spielball in den Händen der gerade herrschenden Klasse sein? So weit geht es doch nicht. Denken Sie sich nur einmal in die Lage eines Leipziger Kassenbeamten. Früh um 5 Uhr soll er aufstehen, er kann sich nicht einmal eine Tasse Kaffee wärmen, die Straßenbahn geht nicht, er muß eine Stunde oder länger bis zu seiner Arbeitsstätte laufen. Kommt er hin, da stehen hundert Arbeitslose, die Unterstützung ausgezahlt haben wollen. Der Beamte soll dort sechs Stunden ununterbrochen arbeiten. Wenn er die geringste Pause macht, bekommt er die größten Vorwürfe. Dabei hat er nichts im Leibe, steht an dem zugigen Schalter und muß frieren. Es ist ein Unterschied, ob ich heute sage: Ihr streikt und ruht euch von der Arbeit aus! oder: Ihr arbeitet weiter, trotzdem ihr die Bedingungen nicht habt! Ich halte das für eine Unmenschlichkeit, daß man das von den Leipziger Beamten fordert.

Die Leipziger Beamtenschaft ist ganz loyal verfahren. Sie hat gesagt: Wir wollen gern arbeiten und parteilos sein, aber gebt uns Gas und Licht. Da hat uns Herr Dr. Kurt Geyer — ich war Führer dieser Deputation — gesagt: Gehen Sie hin und verhandeln Sie mit den Gas- und Elektrizitätsarbeitern. Was heißt das? Zum Verhandeln war doch die Streikleitung da. Oder hat die Streikleitung die Leute nicht mehr in der Hand?

Herr Dr. Geyer hat gesagt: Wir machen Sie verantwortlich, wenn morgen in Leipzig die Blünderungen losgehen. Wir haben Herrn Geyer gesagt: Wir machen Sie verantwortlich; die unsinnige Streikerei ist es, die die ganze Sache verschuldet hat, sie muß uns in den Abgrund bringen.

Herr Geyer hat erklärt: Wenn die Arbeitslosenunterstützung nicht ausgezahlt wird, werden wir die schärfsten Repressalien gegen Sie richten. Wir haben gefragt, ob er uns verhaften lassen will. Noch Schlimmeres könne geschehen, entgegnete er. Das ist Terror, wie er schlimmer nicht sein kann.

Heute lese ich in den Leipziger Blättern, daß man daran denkt, den Beamten das Gehalt zu entziehen.

(Hört, hört!)

Erst macht man sie arbeitsunfähig, und dann hält man ihnen das Gehalt vor. In Leipzig haben am Freitag